

INTERESSENGEMEINSCHAFT MÜSERSIEDLUNG E.V. INITIATIVE GEGEN EINZELPRIVATISIERUNG

Anton: "Du, Gerda, ich habe heute auf der Zeche gehört, daß unsere alten Hucken jetzt auch bald verkauft werden sollen."

Gerda: "Mensch, Anton, jetzt geht das gleiche Theater bei uns auch los. Elli hat mir letzte Woche wieder erzählt, wie schlimm es bei ihnen in der Siedlung seit dem Häuserverkauf geworden ist. Da mußte einer sogar schon sein Häuschen wieder verkaufen, weil er sich finanziell total übernommen hat."

Anton: "Das sieht Harpen ähnlich, jetzt, wo ordentlich was an den Häusern gemacht werden müßte, da sollen wir kaufen. Wer hat denn nach dem Krieg die Häuser wieder halbwegs bewohnbar gemacht, das waren wir doch. Und die ganzen Jahre hat Harpen kaum eine müde Mark reingesteckt. Hätten wir nicht so viel an den Häusern getan, dann wären sie längst verfallen."

Gerda: "Es hat uns ja auch ganz schön Geld und Arbeit gekostet, das Badezimmer einzubauen, und dann letztes Jahr die Heizung. Aber kaufen ...?"

Anton: "Eigentlich haben wir die Häuser mit unserer Miete ja zigmal bezahlt. Aber auch wenn wir kaufen wollten, Gerda, wovon sollten wir das bezahlen? Wir müßten im Monat bestimmt 500 bis 600 Mark zurückzahlen. Und dann kommen noch Müllabfuhr, Schornsteinfeger, Versicherung ... Außerdem ist der Keller feucht; den zu isolieren und auch das Dach, nicht auszudenken, wie teuer das wird. Von ein paar Kumpels weiß ich, daß die sich mittlerweile dumm und dämlich zahlen und wenn mal eine Feierschicht angesagt ist, dann gibt es bei denen lange Gesichter, weil sie jede einzelne Mark brauchen."

Gerda: "Ja, Anton, was ist dann mit Urlaub... und unser altes Auto macht es auch nicht mehr lange. Ich will hier aber unter keinen Umständen ausziehen. Hier in der Siedlung bin ich geboren, hier kennt noch einer den anderen. Man hilft sich untereinander, hält mal ein kleines Schwätzchen im Garten..."

Anton: "...in 'ner Neubauwohnung könnten wir auch nicht so schalten und walten wie wir es hier können. Und wo sollte ich in einer Neubauwohnung mit den Karnickeln hin?"

Gerda: "Du kennst doch die Siedlung, in der die Elli wohnt. Da haben sie schon vor einem Jahr angefangen zu verkaufen. Ständig soll da jetzt Zank und Streit unter den Leuten sein, dabei kennen sie sich schon seit Jahren und haben sich früher immer gut vertragen. Einige haben sogar eine hohe Mauer zwischen sich und ihren Nachbarn gezogen. Elli fühlt sich da gar nicht mehr wohl; sie überlegt jetzt, ob sie nicht besser auszieht. Die Nachbarin von ihr, die alte Frau Mahlmann, die ist vor kurzem gestorben; und Elli meint, wenn das mal nicht mit der ganzen Aufregung zu tun hat, ob sie nun aus ihrer Wohnung muß oder nicht."

Anton: "Tja, Gerda, die ganzen Jahre habe ich auf dem Pütt malocht ... und jetzt das."

Gerda: "Aber da muß doch was passieren, Anton, wir können doch nicht einfach nur abwarten."

Anton: "Du hast recht, Gerda. Laß uns doch mal zu Schimanskis gehen, die denken bestimmt auch so wie wir..."

Dieses Gespräch ist zwar frei erfunden, aber es gibt die Sorgen und Nöte vieler Bergarbeiterfamilien wieder, deren Siedlungen von der Privatisierung bedroht sind. Doch in vielen Siedlungen nehmen die Mieter den Ausverkauf ihrer Bergmannswohnungen nicht so einfach hin. Sie versuchen gemeinsam, die Privatisierung ihrer Siedlungen zu verhindern und suchen nach Wegen, Siedlungen als Mietersiedlungen zu erhalten.

Auch in unserer Siedlung, der Müsersiedlung in Dortmund-Derne, hat sich Anfang 1984 eine Interessengemeinschaft gebildet, als wir

Bewohner erfuhren, daß unsere Siedlung privatisiert werden soll.

Wir wollen zunächst der Frage nachgehen, warum es zum Ausverkauf des jahrzehntelang als sicher geltenden Mietwohnraums kommen konnte. Dazu müssen wir etwas weiter ausholen und auf die Gründung der Ruhrkohle AG, den Bergmannswohnungsvertrag sowie auf die Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen eingehen, die die Einzelprivatisierung regeln soll.



Fußballspiel auf dem
Klostervorplatz

Bergmannswohnungsvertrag

Die Ruhrkohle AG erhielt 1968 bei ihrer Gründung die unrentablen Zechen, während die bisherigen Zecheneigentümer (Altgesellschaften) den rentableren Wohnungsbestand und zahlreiche Grundstücke behielten. Aufgrund gewerkschaftlicher Bemühungen bekam die Ruhrkohle AG ein 20-jähriges Bewirtschaftungsrecht für ca. 60.000 Wohnungen. Mit diesem Bewirtschaftungsvertrag bzw. dem Bergmannswohnungsvertrag wurde Eigentum und Besitz an den Wohnungen voneinander getrennt: Eigentümer der Wohnungen blieben die Altgesellschaften, Besitzer bzw. Bewirtschafter wurde die Ruhrkohle AG. Sie wurde damit zuständig für die Belegung der Wohnungen, Reparaturen, Instandhaltung, Abwicklung der Mietzahlungen etc. Über die 60.000 Wohnungen hinaus, für die die Ruhrkohle das Bewirtschaftungs- und Belegungsrecht besitzt, hat die Ruhrkohle, die auch z.Zt. noch Teile unserer Siedlung bewirtschaftet, Belegungsrechte für weiter 160.000 Wohnungen. Die Wahrnehmung der Belegung und Bewirtschaftung hat die Ruhrkohle regional auf die drei Bergbaugesellschaften Nieder-

rhein, Lippe und Westfalen aufgeteilt. Dort sind wohnungswirtschaftliche Abteilungen vorhanden, die mit den auf den Schachtanlagen bestehenden Wohnungsausschüssen zusammenarbeiten. Betriebsräte arbeiten in den Wohnungsausschüssen mit Entscheidungsrechten mit. In den Wohnungsausschüssen wird z.B. über die Belegung freier Wohnungen entschieden, werden Instandhaltungspläne verabschiedet, und dort muß auch von den Arbeitnehmervertretern die Zustimmung zur Privatisierung von Wohnungen gegeben werden.

Der Bewirtschaftungsvertrag läuft Ende 1988 aus, danach geht der Besitz wieder in die Hände der Eigentümer, den Altgesellschaften zurück. Jedoch schon acht Jahre vor Ablauf des Bewirtschaftungsvertrages ließen die Altgesellschaften verlautbaren, daß sie den Bewirtschaftungsvertrag nicht verlängern, sondern die Wohnungen verkaufen wollen.

Ein Grund für den Verkauf ist, daß die Altgesellschaften, die oft nicht mehr im Bergbaubereich tätig sind, in anderen Bereichen investieren wollen.



Müserstraße vor der
Wohnumfeldverbesserung

Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswoh- nungen (GSB)



Blick in den Goesebrink

Um Spekulationskäufe zu verhindern und die Einzelprivatisierung sozial "abzufedern", kam es nach einjährigen Verhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) und der Ruhrkohle AG 1982 zur Gründung der Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen (GSB).

Die Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, den nicht privatisierungsfähigen Bestand an Wohnungen, d.h. Etagenwohnungen in Häusern mit drei oder mehr Familien pro Eingang, an die in der GSB beteiligten Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu veräußern und die restlichen Wohnungen, d.h. den privatisierungsfähigen Bestand, an die Mieter zu verkaufen.

Durch die GSB soll eine Vereinheitlichung der Verkaufsgrundsätze gewährleistet werden. Dazu gehört z.B. eine Sozialvereinbarung, die den Kreis der Kaufberechtigten festlegt. Kaufberechtigt sind danach die derzeitigen Mieter,

deren Kinder und Enkel. Die freigewordenen Wohnungen sollen vorrangig mit kaufwilligen Mietern belegt werden. Die Mieter, die nicht kaufen wollen, sollen zur Miete wohnen bleiben können; so heißt es jedenfalls.

In der GSB-Regelung ist nichts über die Sicherung der Wohnverhältnisse nach 1988 (Auslaufen des Bewirtschaftungsvertrages) ausgesagt.

gesagt. Eine Bestandsaufnahme zeigt, daß die GSB ihr Ziel, bis Ende 1988 alle privatisierungsfähigen Wohnungen zu verkaufen, verfehlt hat. Bis heute sind erst rund 20 % der zum Verkauf angebotenen Wohnungen auch veräußert worden. Die Einzelprivatisierung ist also nicht der Schlüssel für die Lösung der Frage: Was passiert mit dem bergbauverbundenen Wohnraum? Vielmehr zeigt der hohe Prozentsatz von Nichtkaufwilligen (80 %), daß Regelungen zum dauerhaften Erhalt dieser preiswerten Mietwohnungen nötig und von den Bewohnern erwünscht sind.

Privatisierungsfolgen

Die Zusicherung, daß, wer nicht kaufen will zur Miete wohnen bleiben könne, hält den Erfahrungen in privatisierten Siedlungen nicht stand. Die Wirklichkeit sieht so aus: Bevor mit der Privatisierung begonnen wird, wollen nur ca. 10-15 % der Mieter ihre Wohnungen kaufen. Wird mit der Privatisierung begonnen, so nimmt die Zahl der Wohnungseigentümer zu. Dieser Vorgang ist auch dem GSB-Aufsichtsratsvorsitzenden Beer bekannt:

"Man muß auch sehen, daß, wenn eine einmal angeritzte Siedlung, wo schon ein hoher Prozentsatz bereits privatisiert ist, mit einem Restposten dasteht, der Druck auf den Restposten immer stärker wird - auch von der Gemeinschaft ausgehend... Das wird alles zu einem Konflikt führen, daß man solchen Leuten, die nicht kaufen, nur raten kann, sich beizeiten - also wenn eine Siedlung mal in der Privatisierung ist - umzusehen, ob man nicht einen Wechsel vornimmt und umzieht."

An dieser Aussage wird deutlich, daß die Einzelprivatisierung bestimmte Mechanismen entwickelt, die von den Altgesellschaften bewußt eingesetzt werden: Mit der Privatisierung findet eine Spaltung der Bewohner in Eigentümer und Mieter statt, d.h. die Bewohner der Siedlung sind nicht mehr alle Mieter mit gleichen Rechten. Vorher intakte nachbarschaftliche Verhältnisse werden zerstört, da sich die Eigentümer anders verhalten als vorher als Mieter.

Die gestörten nachbarschaftlichen Beziehungen in einer privatisierten Siedlung werden einem Besucher auch schon an äußeren Veränderungen augenfällig: Eigentümer grenzen ihr Grundstück sogar mit Mauern von den Nachbargrundstücken ab. Bäume oder Garagen, die auf Grundstücksgrenzen stehen, werden rücksichtslos gefällt bzw. abgerissen. Eigentümer spekulieren auf den Auszug ihrer Nachbarn, um auch deren Wohnung zu kaufen.

Aus einer so unwirtlich gewordenen Siedlung ziehen viele Nichtkäufer aus, um diesem Klima zu entgehen. Andere, eigentlich nichtkaufwillige Mieter, kaufen ihre Wohnung aus Angst, daß

es jemand anderes tut und so ihre jahrelang getätigten Investitionen verloren sind. Neben der Abschottung der neuen Eigentümer vom übrigen Siedlungsteil nach dem beschriebenen Muster, halten auch soziale Gruppen, die



Liebevoll betonte Stilelemente

den Kaufpreis problemlos aufbringen können, Einzug in die Siedlung. Die GSB-Regelung sieht auch vor, daß die Altgesellschaften von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, wenn innerhalb von zehn Jahren nach Kauf durch den ehemaligen Mieter ein Wiederverkauf notwendig wird (z.B. wegen finanzieller Überlastung), damit Spekulationskäufe verhindert werden. In der Praxis wird diese Regelung jedoch nicht eingehalten. Diese Wohnungen können auf dem "freien Markt" zu einem höchstmöglichen Preis verkauft werden.

In diesem Zusammenhang ist auf einen weiteren Umstand hinzuweisen, der in jüngster Zeit in Siedlungen mit bereits begonnener Privatisierung die Mietverhältnisse insbesondere von älteren Bewohnern verunsichert: Wohnungen, die noch von Mietern bewohnt sind, werden an Dritte veräußert, die nur darauf warten, daß die meist älteren Bewohner ausziehen oder sterben (so geschehen in der Grunewaldsiedlung in Do-Scharnhorst).

Bei der Einzelprivatisierung erfolgt oft die Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes der Siedlung: sie ist Spiegelbild der durch die Privatisierung bedingten Veränderung der sozialen Verhältnisse in der Siedlung; Stichwort : Papageiensiedlung.

Zusammenfassend kann man festhalten: **Privatisierung schafft Mauern zwischen den Menschen, führt zu einer Vertreibung von Mietern, die nicht kaufen wollen oder können und oft schon über Generationen in der Siedlungen wohnen, und zerstört preiswerten Mietwohnraum, der für das Ruhrgebiet äußerst wichtig ist.**



Spielende Kinder in der Bogenstraße

Alternativen zur Einzelprivatisierung

Aber es gibt Alternativen zur Einzelprivatisierung. Eine konkrete Alternative, sprich: Erhalt einer Arbeitersiedlung als Mietersiedlung, ist die Genossenschaft **"Rheinpreußen"** in Duisburg. Alternative heißt hier zum einen Erhalt preiswerten Mietwohnraums und zum anderen, daß das, was an eigentumsähnlichen Verfügungsrechten bei den Mietern solcher Siedlungen charakteristisch schon immer vorhanden war, zur Mitbestimmung und Selbstverwaltung der ganzen Siedlung durch die Bewohner weiterentwickelt wird.

Solche Alternativen sind nur möglich durch öffentliche Mittel, da die Altgesellschaften die Siedlungen zu ihrem Marktwert veräußern wollen. Die öffentlichen Mittel sind aber kein "Geschenk", sondern werden über Mieteinnahmen

zurückgezahlt. Im Fall "Rheinpreußen" wurde zwischen der Stadt Duisburg und der Genossenschaft ein Erbbaurechtsvertrag über 66 Jahre abgeschlossen; bei einem Erbbauzins in Höhe von 4 % wird die Kaufsumme für die Siedlung über die Miete getilgt.

Durch die Trennung von Eigentum und Nutzung (Verfügung) durch diesen Erbbaurechtsvertrag in "Rheinpreußen" ist eine langfristige Bindung der Siedlung gesichert und Investitionen erscheinen hier sinnvoller als bei Subventionierung großer Wohnungsbaugesellschaften bei einer kurzfristigen Bindung und Sicherung. Von "Rheinpreußen" gingen wichtige Impulse aus bei der Suche nach Alternativen für unsere Siedlung.



Gartenarbeit

Interessengemeinschaft Müsersiedlung e.V.

Unsere Interessengemeinschaft ist 1984 von Siedlungsbewohnern gegründet worden, mit dem Ziel, unsere Siedlung dauerhaft als Mietersiedlung zu erhalten und allen Mietern die Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu ermöglichen.

Bewohnerstruktur

Die Siedlungsbewohner sind durchweg Bergbauangehörige. Über 50 % der Mieter wohnen bereits mehr als zehn Jahre in der Siedlung. In letzter Zeit erkennen auch zunehmend junge Familien mit Kindern den hohen Wohn- und Freizeitwert unserer Siedlung.

Seit Mitte der 70er Jahre vollzieht sich ein Segregationsprozeß in einen von deutschen (Müserstraße) und in einen von türkischen

Mietern (Bogenstraße) bewohnten Siedlungsteil. Die Bogenstraße wird zu 4/5 von türkischen Familien bewohnt, der Gösebrink zu 3/4, in der Müserstraße dagegen werden nur fünf von 104 Wohnungen von türkischen Familien bewohnt.

Bewohner werden initiativ

Als im Frühjahr 1984 die Privatisierungspläne der Harpener AG bekannt wurden, gründeten Siedlungsbewohner die Interessengemeinschaft Müsersiedlung. Zur ersten Mieterversammlung kamen schon über 60 Mieter, die sich gegen die Einzelprivatisierung aussprachen.

Mit einem Bürgerantrag machten die Mieter den Rat der Stadt Dortmund auf sich aufmerksam und erhielten die Zusicherung durch einen



Demonstration vor dem Stadthaus

Ratsbeschluß, daß die Stadt Dortmund die Mieter beim Erhalt der Müsersiedlung als Mietersiedlung unterstützen wird.

In einer von der Interessengemeinschaft durchgeführten Aktion hatten sich 1985 80 % der Mieter mit ihrer Unterschrift für den Erhalt der Siedlung als Mietersiedlung ausgesprochen. Der Mieterwille ist also eindeutig: der überwiegende Teil der Mieterschaft möchte weiterhin zur Miete wohnen bleiben.

Die Interessengemeinschaft informiert die Mieter in kontinuierlich herausgegebenen Mieterbriefen. Wichtig sind auch die in Abständen veranstalteten Mieterversammlungen; sie bieten die Möglichkeit, sich intensiver über das Konzept zum Siedlungserhalt zu informieren und sich mit den anderen Mietern darüber auszutauschen, aktuelle Informationen zu erhalten und zudem

werden hier die Neuigkeiten aus dem Siedlungsleben ausgetauscht.

Auch die Medien wie Presse, Fernsehen, Hörfunk wurden auf uns aufmerksam und berichten mittlerweile kontinuierlich über unsere Arbeit als Interessengemeinschaft.

Wir arbeiten mit anderen Siedlungsinitiativen in der **"Arbeitsgemeinschaft der Arbeitersiedlungsinitiativen im Ruhrgebiet"** zusammen.

Die Arbeitsgemeinschaft bietet den Initiativen die Möglichkeit des gegenseitigen Erfahrungsaustausches und hilft auch bei komplizierten Fachfragen weiter.

Die besonderen Probleme in Arbeitersiedlungen wie drohender Abriß, Ausverkauf der Wohnungen durch die Privatisierung werden durch die Arbeitsgemeinschaft verstärkt in die Öffentlichkeit getragen.



Mieterfest



Der Bergmann

hat seine Schuldigkeit

getan,



der Bergmann

kann geh'n.

Der Weg zur Mieter-Gemeinschaftslösung



Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft vor dem Düsseldorfer Landtag

Im Mai 1986, nach vielen Gesprächen und Verhandlungen auf Stadt- und Landesebene, gab uns Christoph Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in NRW, die Zusage, in unserem Sinne nach einem Lösungsweg zu suchen.

Ein Jahr später beauftragte Minister Zöpel die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), eine landeseigene Gesellschaft, die Müsersiedlung in Do-Derne, die Grunewaldsiedlung in Do-Schornhorst, die Kolonie Oberbecker in Lünen-Süd und die Siedlung Lothringen in Bochum-Hiltrup vom Alteigentümer anzukaufen, um somit den **dauerhaften Erhalt der preiswerten Mietwohnungen** und ein **Mietermitbestimmungsmodell** zu ermöglichen.

Die Verhandlungen zwischen der LEG und der Harpener AG, als Eigentümerin unserer Siedlung, liefen jedoch nicht reibungslos und kamen sogar zeitweise zum Stillstand. So sahen wir

uns kurz vor Weihnachten 1987 gezwungen, vor dem Gebäude der Harpener AG in Dortmund eine Mahnwache abzuhalten, um die Harpener AG an ihre moralische Verpflichtung gegenüber den Bergleuten zu erinnern und sie aufzufordern, zu einem schnellen positiven Abschluß der Verhandlungen beizutragen.

In unserer Siedlung zeigten Mitarbeiter der Harpener AG sich am Verkauf der Wohnungen an die Mieter sehr stark interessiert; dabei setzten sie Verkaufsmethoden ein, die oftmals den Protest der Bewohner hervorriefen.

Nur ein geringer Teil der Siedlungsbewohner hat seine Wohnung gekauft. Der überwiegende Teil möchte als Mieter wohnen bleiben.

So machten die schleppenden Verhandlungen so manchen ungeduldig. Um unserer Ungeduld Ausdruck zu geben, erinnerten wir Minister Zöpel im Mai 1988 an seine Zusage, die er ein Jahr zuvor gegeben hatte. Minister Zöpel gab

uns das Versprechen, sich für den Fortgang der Verhandlungen einzusetzen. Kurze Zeit darauf konnte der große Durchbruch bei den Verhandlungen erzielt werden. Die Harpener AG wurde sich mit der LEG über die Grunewaldsiedlung und die Müsersiedlung einig. Für Teile der Müsersiedlung sind bereits die ersten Vorverträge unterschrieben, für den restlichen Teil dauern die Verhandlungen zur Zeit noch an.



Mai 1988: "Ein Jahr ist um - wir wollen nicht länger warten!" Minister Zöpel wird an sein Versprechen erinnert.

Konzept des Siedlungserhalts

Mit dem Ankauf durch die LEG sind die Voraussetzungen geschaffen, in Zusammenarbeit mit allen Mietern ein Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsmodell zu entwickeln und umzusetzen.

Für dieses Modell sind unsere drei Grundbedingungen bestimmend:

1) Sicherung des Wohnraums auf Dauer

d.h., eine unbefristete Sicherung unserer Siedlung, damit preisgünstiger Mietwohnraum erhalten bleibt, der angesichts hoher Arbeitslosigkeit, sinkender Einkommen und zunehmenden Sozialabbaus dringend benötigt wird.

2) Sicherung eines stabilen Mietniveaus

d.h., die Miete muß für die Bewohner tragfähig sein, damit die jeweiligen Wohnverhältnisse gesichert sind.

3) Mitbestimmung und Selbstverwaltung durch die Mieter

d.h., alle siedlungsbezogenen Entscheidungen, wie z.B. in Sachen Instandsetzung, Instandhaltung, Belegung, sollen weitestgehend von den Bewohnern getroffen werden; genossenschaftsähnliche Verfügungsformen und die Selbstverwaltung fördern die nachbarschaftlichen Beziehungen und die Identifikation mit der Siedlung.

Der Ankauf unserer Siedlung durch die LEG wird mit öffentlichen Mitteln gefördert, stellt aber kein "Geschenk" an die Bewohner dar, sondern die Bewohner bieten als realen Gegenwert eine sozial intakte Siedlungsstruktur, preiswerter Mietwohnraum wird zu einem Bruchteil von Neubaukosten gesichert, soziale Folgekosten durch eine Verdrängung aus der Siedlung werden verhindert und nicht zuletzt laufen langfristig die öffentlichen Gelder durch die Miete zurück.



Mahnwache Weihnachten '87
vor der Harpener AG



Mietergemeinschaft: Versammlung boykottieren

Harpen will Häuser in Müser-Siedlung einzeln privatisieren

Interessengemeinschaft: „Arbeitersiedlungen nicht zerstören“

Demonstration vor dem Stadthaus soll die Forderungen der Mieter unterstreichen

Müasersiedler wehren sich gegen Teilprivatisierung ihrer Wohnungen

Vorwurf: „Preis poker auf dem Rücken der Bewohner

Mieter protestieren vor dem Harpen-Haus

Auf Versammlung trug Initiative Müasersiedlung vor:

80 Prozent gegen Verkauf

Siedler demonstrierten in Düsseldorf:

Billige Wohnungen müssen bleiben

Harpen AG bringt Angst und Unruhe in Siedlungen

SPD-Landtagsabgeordnete bekundeten Solidarität mit Mietern

Harpens Kaufangebot war Hauptthema auf Müserfest

Harpen-Aktie gibt Sprecherin der Müasersiedler Rederecht

Auf Hauptversammlung – „An Mieter-Belange denken“

SPD: Harpen torpediert Verhandlungen

Arbeitsgemeinschaft schreibt offenen Brief

Harpen soll Privatisierung sofort stoppen

Stellungnahme der Müser-Mieter

„Privatisierung läuft schleppend“

Initiativen erkämpften „einmalige Bedingungen“

Etappensieg: Mieter in Bergmanns-Siedlungen glücklich über Erfolg

Harpen in der Kritik

SPD: Müserhäuser nicht privat verkaufen

IG Müser- und Grunewald-Siedlung froh über LEG-Kaufabsicht

Grunewald- und Müasersiedlung
LEG mit Harpen handelseinig

Angst ist bei Mietern raus: Selbstverwaltung angestrebt

Quellen:

- 1) Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund
- 2) Stadtarchiv Dortmund
- 3) Deilmann, Harald, u.a.
Planungsbeispiel Siedlung Derne
Dortmund 1978
- 4) Hundt, Rudolf
Bergarbeiter-Wohnungen im Ruhrrevier
Berlin 1902
- 5) Schlandt, Joachim in:
Helms, Hans / Jansen, Jörn
Kapitalistischer Städtebau
Neuwied 1971

